



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI 1. August 1957

Einweisung
auf den Inhalt:

Wahlkampf ohne Wahrheit	S. 1
Adenauer von Dulles "in Furcht versetzt"	S. 2
Benachteiligte Ostzonen-Studenten	S. 3
Perspektiven der Weltpolitik	S. 5
"Anwalt einer grosszügigen Förderung der Wissenschaft"	S. 8

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Dokumentation der Schande

sp - Mit der am Freitag der deutschen Öffentlichkeit übergebenen und mit vielen einwandfreien Dokumenten belegten Zusammenstellung der Wahlkampfmethoden der CDU zum zweiten deutschen Bundestag hat sich die Sozialdemokratie ein grosses Verdienst erworben. Die in dieser Dokumentation enthaltenen Tatsachen sind unwiderlegbar. Sie kennzeichnen den Tiefstand des politischen Niveaus, auf dem sich die CDU als die grösste und in der Nachkriegszeit maßgebendste Regierungspartei bewegt. Ihre Hauptwaffe ist nicht das überzeugende Argument, sondern die Verleumdung. Der Initiator dieser für die Demokratie so gefährlichen Methoden heisst Dr. Adenauer. Nehmen wir nur den Fall Schroth-Scharley. Er bleibt für alle Zeiten als ein Zeichen der Schande auf der Stirn dieses Politikers haften, der sich so gern und so oft als Staatsmann bezeichnen lässt. Wer unbefangene die ganze Geschichte dieser Verleumdung auf sich einwirken lässt, muss zu der Auffassung kommen, dass an ihrem Beginn die vorbedachte Absicht Pate stand. Diesem Kern ist buchstäblich jedes Mittel recht, wenn es nur geeignet ist, den politischen Gegner in seiner Ehre zu treffen. Der überragende Einfluss dieses Mannes bestimmt auch die Gesamthaltung seiner Partei. Nicht ein einziger Aufschrei gegen solche Tiefschläge ist aus der CDU bekanntgeworden. Wahrscheinlich sieht die Christlich Demokratische Union in solcher Methoden die einzige Chance, sich als Regierungspartei zu behaupten. Wer so verfährt, wer soviel Schindluder mit der Wahrheit und der Ehre treibt, muss sich den in der Dokumentation nicht ausgesprochenen Vorwurf gefallen lassen, dass er die Grundlage des demokratischen Staates zersetzt.

Gewiss erwartet der Wähler in Wahlzeiten keine Moralpredigten. Die Demokratie, zu der sich formell auch die CDU bekennt, kann nur funktionieren, wenn die unvermeidlichen Gegensätze profiliert dargestellt werden. Die Grenze von notwendiger Klarheit und Schärfe wird aber dann überschritten, wenn eine Partei sich zur Mobilisierung des inneren Schweinehundes im Menschen hergibt. Darin lag die "Stärke" eines Hitler. Er wusste was er tat. Wissen auch Adenauer und sein Anhang was sie tun?

Die Entartungserscheinungen des zweiten Bundestagswahlkampfes werden im dritten Bundestagswahlkampf noch übertröffen. Das Stichwort dazu (siehe Barberger und Kürzberger Rede vom Untergang Deutschlands) gab wiederum jener Mann aus Rhöndorf, den die CDU zum dritten Male als Bundeskanzler präsentiert. Adenauer sieht, wie auch 1953, seine Hauptaufgabe darin, die Sozialdemokratie zu verleunden, sie als eine national unzuverlässige, mit dem Schicksal unseres Volkes hasardierende Kraft hinzustellen. Die Männer, die vor ihm in den letzten 50 Jahren das Gleiche taten, brachten unser Volk an den Rand des Abgrundes. Hat der gegenwärtige Bundeskanzler und Chef der CDU den gleichen Ehrgeiz?

"Sehr ernst"

sp. Der Herr Konrad Adenauer hat wieder einmal weise gehustet und einen seiner berühmten seherischen Blicke in das Dunkel der vor uns liegenden Geschichte getan. In Mainz meinte er, die Lage sei "sehr ernst", und dem blinden amerikanischen Journalisten Victor Riesel erzählte er in Bonn, Chruschtschow werde bald gestürzt werden. "Es gibt auch nicht das geringste Anzeichen dafür, dass es in Russland einen Kurswechsel zum Liberalismus gegeben hat." Berichte über eine solche Interpretation hätten ihn "in Furcht versetzt", liess Konrad Adenauer verlauten.

Da kann man nur den amerikanischen Aussenminister Dulles bedauern. Der hat nämlich auf einer Pressekonferenz in Washington am 16. Juli 1957 gesagt, die Ausschaltung der Stalinisten auf eine unkehrbare Strömung in der Sowjetunion zugunsten grösserer persönlicher Sicherheit und Freiheit sei seit längerem von der amerikanischen Aussenpolitik erwartet worden. Die amerikanische Diplomatie betrachte nach genauer Prüfung aller Nachrichten die Veränderung im Kreml als eine günstige Entwicklung in Richtung auf eine Liberalisierung. Die Vorgänge im Kreml zeigten die Befestigung der Macht Chruschtschows und einen Sieg der "Modernisten" über die "Fundamentalisten".

Adenauer contra Dulles ? - Wir werden umlernen müssen. Oder doch nicht? Denn dass eine von Dulles vermutete Entwicklung in der Sowjetunion Herrn Adenauer "in Furcht versetzt", ist nur zu begreiflich. Wo kämen wir denn - wenn Dulles recht hat - mit dem Kalten Kriege hin, der seit eh und je die Grundlage der Adenauerpolitik ist ?

Begreiflich ist aber auch, dass der Herr Konrad Adenauer, so gesehen, die Lage wieder einmal "sehr ernst" beurteilt.

Gesamtdeutsch - aber ohne Unkosten

E.Z. - Berlin

Die CDU-Regierung Adenauers hat dieser Tage erneut zu erkennen gegeben, was im konkreten Fall von ihren gesamtdeutschen Bekenntnissen zu halten ist. In der Frage der Stipendien für Westberliner Oststudenten will Bonn jetzt offenbar an den ursprünglichen Plänen des Bundesinnenministers Schröder festhalten, gegen die am 6. Juli mehrere Tausend Studenten in Westberlin protestiert hatten, weil sie in dieser Neuregelung mit Recht einen Versuch erblickten, die aus der Sowjetzone nach Westberlin gekommenen Studenten als Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Die nach den Studentenprotesten von dem Vertreter des Bundesinnenministers abgegebene besänftigende Erklärung, die für die Berliner Studenten beabsichtigte unterschiedliche Regelung der Stipendienfrage werde nicht durchgeführt werden, ist in Berlin nicht in Vergessenheit geraten.

Auf solche Vergesslichkeit spekulierte offensichtlich der Bundesbevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin, als er jetzt eine neue Stellungnahme zu dieser Frage abgab. Sie macht praktisch das nach dem Protest abgegebene Versprechen hinfällig, auch die Oststudenten in die neue Stipendienregelung einzubeziehen. Selbstverständlich verwahrte er sich gegen den Vorwurf, Bonn könnte auch nur im entferntesten an eine Diskriminierung durch Benachteiligung der Berliner Oststudenten denken, was er dann aber an konkreten Plänen mitteilte, beweist nichts weniger, als dass man in Bonn in der Praxis an der Ausklammerung dieser Flüchtlingsgruppe festzuhalten gewillt ist. Mit dem jetzt vorgesehenen Bundeszuschuss von 1.26 Mill. DM und den bisher in Westberlin gewährten Sozialstipendien in Höhe von 1.6 Mill. DM, so meinte der Bundesbevollmächtigte, könnten die Westberliner Universitäten wie jede andere westdeutsche Universität 15 Prozent ihrer Westberliner und westdeutschen Studenten die nach dem Honnefer Modell vorgesehene Stipendienhilfe zukommen lassen. Um auch den Oststudenten Stipendien gleicher Höhe gewähren zu können, sollten die 4 Mill. DM verwendet werden, die bisher in Form von Währungsstipendien an den grössten Teil der aus der Zone stammenden Studenten gezahlt worden sind.

Dass freilich diese Summe nicht für eine Berücksichtigung des bisherigen Kreises der durch Stipendien unterstützten Oststudenten ausreicht, ist auch dem Bundesbevollmächtigten klar. Bonn müsste nämlich

rund weitere 1.5 bis 2 Mill. DM im Jahre zur Verfügung stellen, um die gleiche Behandlung der Oststudenten sicherzustellen. Bonn ist daher nach den grotesken Vorschlägen seines Berliner Vertreters auf den Ausweg verfallen, nur den "Begabten" unter den Oststudenten das Stipendium nach dem Bonner Modell zu zahlen, den übrigen Studenten aus diesem Kreis aber dafür das Währungsstipendium in Höhe von monatlich 110.-- DM einfach zu streichen.

Die Differenzierung zwischen "Begabten" und "weniger Begabten" zur Grundlage einer Stipendienunterstützung machen zu wollen, zu der die Bundesregierung im Sinne einer aktiven gesamtdeutschen Politik verpflichtet ist, würde bedeuten, dass nicht wenige Oststudenten in Berlin künftig jede Existenzgrundlage verlieren. Die Sonderbehandlung der Oststudenten, wenn sie nach den von dem Bundesbevollmächtigten bekanntgegebenen Bonner Plänen durchgeführt würde, müsste als eine beispiellose Diskriminierung dieser Flüchtlingsstudenten betrachtet werden.

Diese trotz der Protestdemonstration vom 6. Juli von der Bundesregierung weiter geplante Benachteiligung wiegt politisch umso schwerer, als es auch in der provisorischen Bundeshauptstadt bekannt sein muss, unter welchen schwierigen sozialen und allgemein menschlichen Bedingungen diese Jugendlichen aus der Zone in Westberlin leben, weil sie von ihren Eltern praktisch abgeschnitten sind. Eine besondere "Begabtenprüfung" aber, wie sie vorgeschlagen wird, lässt gerade den Umstand unberücksichtigt, dass die aus der Zone nach Westberlin geflüchteten Studenten oder Ostabituieranten beim Studium in Westberlin Schwierigkeiten gegenüberstehen, die durch ihre wesentlich andere Vorbildung, sei es auf den volksdemokratischen Oberschulen oder Universitäten, bedingt sind. Gehört es nicht auch zu den Aufgaben einer gesamtdeutschen Politik, diesen Studenten den Weg zur Fortsetzung ihres Studiums im Westen auch auf diesem rein akademischen Sektor zu ebnen?

Der brutale Schnitt zwischen "Begabten" und "Nichtbegabten", der in seinem Ausmass praktisch weitgehend von fiskalischen Überlegungen bestimmt ist, stellt, wie die grundsätzliche Diskriminierung der Oststudenten, einen Schlag gegen die gesamtdeutschen Bekannnisse der Bonner CDU-Regierung dar, die jetzt gerade während des Wahlkampfes laufend strapaziert werden.

* * *

Vor 13 Jahren fiel die erste Atombombe

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Am 6. August 1945, morgens um 8.15 Uhr, 43 Sek., explodierte 570 m über dem Zentrum von Hiroshima die erste Massenmordbombe der Geschichte über einer offenen Stadt. Das Ergebnis waren 240 000 Tote und Verwundete und Zerstörungen riesigen Ausmaßes. Die Bombe hatte eine Sprengkraft von 20 000 to Trinitrotol, das entspricht der Zerstörungskraft einer Bombenlast von 5 000 Superfestungen vom Typ W 29. Das letzte Glied der Kette der nuklearen Reaktionen, die H-Bombe neuesten Typs, besitzt die Sprengkraft von 54 Millionen to TNT. Das entspricht der Zerstörungskraft von 11 Millionen Superfestungen vom Typ B 29.

Das Ergebnis von Hiroshima ist die Ausgrenzung des Krieges aus dem bisher geltenden Kriegs- und Völkerrecht. Alle bisherigen Waffen konnten barbarisch eingesetzt werden. Die neuen Massenvernichtungsmittel können nur noch barbarisch eingesetzt werden. Der Einsatz dieser Mittel verstößt gegen den völkerrechtlich anerkannten Grundsatz der sogenannten humanitär beschränkten Kriegsführung sowie gegen das Prinzip der Unterscheidung von Kämpfenden und Nichtkämpfenden. Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind nicht auf das Völkerrecht beschränkt. Sie stellen die Genfer Konventionen und den Status der Kämpfenden unmittelbar in Frage. Kein Krieg kann zwischen barbarischer Kampfführung und dem Anspruch auf humane Anerkennung aufgespalten werden. Die neue Strategie hat sogar den Partisanenkrieg mit einbezogen. Nimmt man hinzu, dass jede Seite sich nicht scheut, vor der anderen noch mit totalen Kriegsverbrechens-Haftungen zu operieren und keine der anderen Parteien gewähren wird, so ist die Verwirrung vollkommen.

Zerstörung der Legalität

Die Ausgrenzung des Krieges aus dem Recht hat die Welt dem Dschungel überliefert. Die Folge ist die Zerstörung der Legalität nach aussen und in folgerichtiger Konsequenz nach innen. Die grenzenlosen Planungen können im Ernstfalle nur mit totalitären Methoden durchgeführt werden. Dabei müssen Regierungen und Staaten notwendig auf

illegaler Basis argumentieren. Der Widerspruch von Recht und Barbarei ist unüberbrückbar. Er hat zur Erschütterung der gesamten Staatenordnung geführt, zur Zerstörung der Humanität im Verkehr der Menschen untereinander, zur Auflösung jeder normalen Rangordnung der Werte. Die Folge ist eine allgemeine Korruption der geistigen Urteilskraft, eine totale Bewusstseinskrise der Menschheit in der Verarbeitung des barbarischen Geschehens.

Der Sieg der totalen Kriegstheorie hat die Geschichte der Menschheit in Frage gestellt. Technik und Gewalt stellen die Völker unter dauernde Massenbedrohungen und entwerten das Dasein. Unter solchem Überdruck geht die Lebensrechnung nicht mehr auf. Ein ungeheures Missverhältnis zwischen Sinn und Existenz, zwischen Lebenserwartung und Daseinsrisiko hat sich aufgetan. Gibt es eine Erklärung, warum alles kommen musste? Gibt es einen Ausweg?

Der totale Krieg war mit dem Übergang zum totalen Luftkrieg nicht mehr fortsetzbar. Er musste noch in der Stunde, da er seinen endgültigen Sieg in der Welt anmeldete, seine totale Niederlage erleiden. Er erlitt sie, indem die Geschichte den totalen Kriegsführern in der Stunde ihres Sieges die totale Waffe in die Hand spielte. Die Geschichte griff zur Notformel "Minus mal Minus gibt Plus". Sie schloss durch die nukleare Kettenreaktion das Tor der Barbarei im Augenblick, da sie es öffnete.

Wir sind das Opfer dieses Widerspruches. Aber es scheint, dass die Entwicklung die Barbarei nur noch über diesen Widerspruch stellen und bannen kann. Indessen ist diese Paradoxie auf den "Notstand" der Barbaren untereinander beschränkt. Die Nichtatombesitzer sollten sich hüten, in diesen Teufelskreis mit einzusteigen und die Not der in ihrer Barbarei Verstrickten zu der eigenen zu machen!

Der Kalte Krieg war die Folge der Ablösung des Atom-Monopols durch den Atom-Dualismus. Er hat das Welt Herrschaftsstreben jeder Seite gestoppt. Geschichtlich fällig ist nun die kommende föderative Welt-epoche, die eine neue Staatenordnung von unten, statt von oben, durch freie, unabhängige Selbstordnung der Völker in ihren Kontinenten eröffnet. Damit wird ein neues Weltgleichgewicht der Kontinente gefunden.

In diesem Zusammenhang wird es erst zu universalen Zusammenfassungen kommen.

Selbsterfleischung des weissen Mannes ?

Und noch ein anderer Gesichtspunkt sollte nicht ausser Acht gelassen werden. Die erste Massenmordbombe wurde von einer weissen Macht gegen eine farbige geworfen. Inzwischen dient die Bombe aber als Hauptmittel der Auseinandersetzung zweier Bürgerkriegslager der weissen Rasse untereinander. Auf beiden Seiten scheint man kein Bewusstsein für die geschichtliche Lage zu haben. Beide Weltkriege wurden von der übrigen Welt als Bürgerkriege der weissen Rasse betrachtet. Das Ergebnis war der Sturz der Herrschaft des weissen Mannes in der östlichen Welt. Jetzt ist die farbige Welt Zeuge einer letzten, apokalyptischen Selbsterfleischung des weissen Mannes geworden. Sie steht dem Geschehen mit Abscheu und Entsetzen gegenüber.

Wir sollten uns allmählich daran gewöhnen, in solchen Zusammenhängen zu denken. Denn nur so gelangen wir zu einer objektiven Klärung der Lage. Während die Atomgiganten in der Sackgasse der Gewalt verweilen, siegt die Geschichte an anderen Fronten, auf den Schauplätzen einer unkriegerischen Entwicklung. Hiroshima wäre kein zweites Mal möglich, ohne dass sich die farbige Welt wie ein Mann gegen die weissen erhebe.

Die Geschichte hat den Atomgegensatz ebenso wie den Ost-West-Gegensatz überspielt. Es geht heute um ganz andere Entscheidungen. Die Neuordnung der Welt ist im vollen Gange, wo wir noch gebannt auf die Zerstörungsmaschinerie einer abdankenden Welt des späten Kolonialismus und Imperialismus schauen. Die Epoche des Krieges ist zu Ende, weil der totale Krieg sie beendet hat. Auch die Epoche des "klassischen Krieges" wird nicht wiederkehren. Während man auf den Abrüstungskonferenzen den Versuch unternimmt, die Atomangst ohne Widerruf der totalen Kriegsthese selbst zu bannen, geht die Geschichte über die Selbsterstörer zur Tagesordnung über. Statt einer versinkenden Welt nachzutrauern und uns mit ihrem geschichtlichen Untergang zu identifizieren, sollten wir uns mit den Kräften einer neuen, jungen aufbrechenden Weltepoche verbinden. Das ist die wahre, positive Lehre von Hiroshima.

Freie Berufe. SPD ging voran

sp. "Das geistige Kapital", Monatsblätter für die freien Berufe, widmet in seiner Juli-Ausgabe einen Aufsatz der Haltung der Parteien in der Bundesrepublik zur Frage der "Nobilisierung des Geistes". Es heisst dort, die SPD habe auf ihrem Münchner Parteitag im Jahre 1956 "durch Referate von Staatssekretär Leo Brandt (Düsseldorf) und Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid die Aspekte des kommenden Atomzeitalters umrissen und machte sich zugleich zum Anwalt einer grosszügigen Förderung der Wissenschaft und der Forschung. Man kritisierte die Verhältnisse der Bundesregierung und der CDU auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Nachwuchsförderung. Parallel hierzu begann die sozialdemokratisch geführte bayrische Landesregierung einen Plan auszuarbeiten, der schliesslich in das Projekt einer von Bund, Ländern und Wissenschaft gemeinsam gegründeten Kommission einmündete, die über die zusätzlichen Bundesmittel für die Wissenschaft disponieren soll. Ausserdem empfehlen die Sozialdemokraten einen Forschungsrat, der den engen Kontakt zwischen Gesetzgebung, Regierung und Wissenschaft gewährleisten soll, damit sich die Führung des Staates rechtzeitig an die wissenschaftliche Entwicklung anpassen könne und sich Fehlentwicklungen wie zum Beginn des Maschinenzeitalters vermeiden liessen. Die Wünsche der Sozialdemokraten zielen ausserdem auf eine grosszügige staatliche Unterstützung für Studenten, auf einen beträchtlichen Zuschuss des Bundes für den Schulhausbau und auf den Ausbau des Ingenieurschulwesens. Schliesslich wird auch gefordert, dass der Staat den Zugang zur Hochschule über den sogenannten zweiten Bildungsweg erleichtert und fördert.

Die Sozialdemokraten können sich rühmen, dass sie mit konkreten Vorschlägen auf diesem Gebiet den anderen Parteien vorangegangen sind. Sie liehen dabei auch Vertretern der Wissenschaft ein offenes Ohr und verwerteten Anregungen von Forschern und Gelehrten. Dadurch kam die seit längerer Zeit sich dahinschleppende öffentliche Diskussion besser in Schwung."

+ + +